

A1: Rückweisungsantrag Positionspapier "Wieso die SVP unsere Freiheit und Demokratie gefährdet"

Antrag zuhanden der Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz vom 24. September 2023 in Uster

Antragstellende: JUSO Kanton St.Gallen, JUSO Stadt Bern, JUSO Kanton Zürich, Mario Huber (JUSO Zug), Elisa Moret (JSVR), Meli Del Fabro (JUSO AG), Levin Freudenthaler (JUSO Zug)

Rückweisung des Positionspapiers "Wieso die SVP unsere Freiheit und Demokratie gefährdet"

Begründung: *Antifaschismus ist Pflicht. Die Position eines bürgerlichen Antifaschismus, wie er sich durch das vorliegende Positionspapier zieht, teilen wir nicht. Mit diesem Rückweisungsantrag wollen wir daher folgende Frage in den Raum stellen: Wollen wir einen bürgerlichen oder einen revolutionären Antifaschismus?*

Folgend die Hauptkritikpunkte:

*Die Stärke von JUSO-Positionspapieren liegt in der materialistischen und intersektionalen Analyse von gesellschaftlichen Zusammenhängen. Besonders erstere fehlt zu grossen Teilen im Papier. Es fokussiert sich auf den Aufstieg der SVP, lässt aber zentrale Punkte aussen vor. Beispielsweise wird nicht erklärt, weshalb sich Teile der Arbeiter*innenklasse rechtsextremen Positionen zuwenden, obwohl das schon unzählige Male fundiert dargelegt worden ist. Diese Analyse ist aber grundlegend, um die Normalisierung der SVP-Positionen sowie auch die Nähe von SVP und den "bürgerlichen" Parteien zu verstehen. So hat beispielsweise die FDP ein grosses Interesse an einer starken SVP: Einerseits für parlamentarische Mehrheiten und andererseits, da die extreme Rechte keine Gefahr für den Kapitalismus und andere Unterdrückungssysteme darstellt, sondern diese gar stärkt. Die FDP wird deshalb niemals ein Interesse an einer ernsten, antifaschistischen Allianz haben, im Gegenteil. Auch die sogenannten Mitteparteien und die bürgerliche Medienlandschaft, die ganz klar fürs Aufbewahren vom kapitalistischen Status Quo eintreten, relativieren und normalisieren die SVP indem sie diese und die SP als "Polparteien" bezeichnen und somit die Radikalität beider Parteien gleichzusetzen probieren. Diese Aspekte kommen auch in diesem Papier zu kurz und stattdessen wird von naiven Ausnahmen ausgegangen. Denn, bürgerliche Parteien waren in der Geschichte bei der Machtergreifung faschistischer Regierungen entscheidend und es wäre naiv zu glauben, dass sich dies ändern wird. Die im Papier vorgeschlagenen Partner*innen stützen den Status Quo und seine systematische Unterdrückung, welche der extremen Rechten vor allem in Krisenzeiten wie heute die Grundlage bieten, um durch Hass und Hetze ihre Ziele zu erreichen. Wie im Kapitel 6.2 angedeutet wird: "Die Linke muss über ihre jetzigen Ambitionen hinauswachsen, reiner Statuserhalt reicht nicht."*

Sich hierzu den Bürgerlichen zuzuwenden, statt eine linke, konsequente, antifaschistische Bewegung zu stärken, widerspricht dem grundsätzlich.

Zusätzlich fällt auf: Das Wort Rassismus fällt im gesamten Positionspapier zweimal, davon einmal als nähere Beschreibung eines Amtes. Es kann nicht sein, dass die JUSO als Partei mit antirassistischem Anspruch, dieses Kernelement der SVP-Politik in diesem Papier so oberflächlich bespricht. Ausserdem liegt hier eine weitere zentrale Verbindung zur FDP, deren Migrationspolitik sehr wohl rassistisch ist, wenn auch weniger offen und pointiert. Dass von der FDP eine menschlichere Politik gefordert wird, zeigt den Fehlschluss dieser Analyse, dass bürgerliche Parteien ihre Positionen bloss strategisch denen der SVP anpassen würden. Doch das Gegenteil ist der Fall: Bürgerliche Parteien stehen Werten der SVP zumindest nahe, teilen sie sogar oftmals.

Vielmehr sehen wir die richtige Strategie der JUSO im Kampf gegen die extreme Rechte darin, klar Position zu beziehen. Wir müssen konsequent die rechtsextremen Inhalte der SVP und ihre Forderungen benennen und einer breiten Öffentlichkeit aufzeigen. Wir brauchen eine linke, intersektionale und koordinierte Strategie sowohl gegen den Rechtsextremismus als auch gegen seinen Kern, den Kapitalismus und die mit ihm verbundenen Unterdrückungssysteme. Dies geht jedoch nur, wenn die Linke als eine Alternative zum Status Quo gesehen wird, statt diesen Platz der SVP lässt, die diesen eigentlich wahren wird. Ausserdem müssen wir die Bürgerlichen zur Verantwortung ziehen für ihr Kuscheln mit der SVP und ihre eigene menschenfeindliche Politik. Deshalb kann die Lösung nur eine starke, linke antifaschistische Bewegung sein. Aufbauend auf dem Wissen und der Arbeit der ausserparlamentarischen Antifa, denn sie sind es, die aktuell den antifaschistischen Kampf tragen.

Aus diesen und weiteren Gründen wollen wir das Papier zur Überarbeitung an die GL zurückweisen. Nur mit zahlreichen und ausführlichen, kapitelumfassenden Anträgen, brächten wir eine konsequente Haltung in das Papier. Diese sind einerseits wahnsinnig zeitaufwändig und sprengen den Rahmen einer Vorbereitungssitzung auf eine Versammlung. Andererseits stimmen nicht nur einzelne Absätze nicht mit unserer Überzeugung überein; wir sind mit der Grundhaltung nicht einverstanden. Um einen roten Faden zu gewährleisten, muss das Papier als Ganzes überarbeitet werden. Der Rückweisungsantrag ermöglicht es, über die antifaschistische Grundhaltung der JUSO zu diskutieren und darauf basierend eine neue Fassung des Papiers aufzubauen. Eine solche Grundsatzdiskussion verhindert, dass das Papier bei zahlreichen Anträgen widersprüchlich zu werden droht.

So kommen wir zurück zur Grundfrage: Wollen wir den Faschismus nur eindämmen oder ihn in seinen Wurzeln zerschlagen? Die Antwort darauf sollte klar sein – zumindest für eine konsequente JUSO!

Stellungnahme der Geschäftsleitung: folgt.

